

Betreff: Initiative „Pro-Fernwärme bzw. Pro-Erdgas“:
Eigentümergehen an die Energie-Graz
Für Region beiderseits der Triesterstraße



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

**Dringlichkeit und Antrag
einstimmig angenommen**

Graz, 8. November 2012

DRINGLICHER ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingbracht von Herrn Gemeinderat Karl-Heinz Herper
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 8. November 2012**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dass die Stadt Graz aus vielerlei Gründen ein sehr erhebliches Problem mit dem Feinstaub hat, ist unbestritten. Wobei – neben Abgasen und Aufwirbelungen aus dem Verkehr - die Emissionen aus dem Hausbrand eine der wichtigen Ursachen für Feinstaub sind.

Dementsprechend sind auch Maßnahmen gegen den Hausbrand dringend erforderlich, wie wir sie vom Gemeinderat im Aktionsprogramm „Kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept Graz 2020 (KEK)“ einstimmig beschlossen haben, insbesondere was den Ausbau der Fernwärme und Solarenergie sowie weiterer umweltfreundlichen Energieressourcen in Graz betrifft.

Beispielsweise in Puntigam beiderseits der Triesterstraße, beginnend von der Stadtgrenze im Süden bis nach Norden zu den Gebäuden der Triestersiedlung, westlich durch die HL-Bahnstrecke und östlich durch die Puchstraße bzw. südlich anschließend bis zur Rudersdorferstraße. Das ist ein Gebiet, das – wie die Werte der Luftgütemessstation „Am Tiergartenweg“ zeigen – sehr belastet ist; sicher nicht allein durch den Hausbrand, sondern auch durch die Triesterstraße, die HL-Bahnstrecke und durch Einkaufszentren, Gewerbe und Unternehmen. Umso wichtiger wäre es, in diesem Bereich für eine Reduzierung des Feinstaubes zu sorgen – etwa, indem etwa umweltfreundliche Heizungen forciert werden.

Doch genau dabei scheint es sich zu speien: Hinreichende technische Möglichkeiten zur Anbindung an Fernenergie – d.h. je nach Lage & Verfügbarkeit entweder Fernwärme oder Erdgas – sollen, so wurde AnrainerInnen mitgeteilt, sollen zwar grundsätzlich vorhanden sein; aus einer rein kaufmännischen Sicht wäre diese Region aber wegen der Bebauung mit meist Einfamilienhäusern nur wenig bzw. grenzwertig interessant. Eine Position, die – sollte sie tatsächlich gegenüber den AnrainerInnen eingenommen worden sein, nicht im Raum stehen gelassen werden kann.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, Bürgermeister-Stellvertreterin und Umweltreferentin Lisa Rücker sowie Stadtrat Univ.Doz. DI Dr. Gerhard Rüscher als Eigentümerversorger Gespräche zu führen, ob die BewohnerInnen beiderseits der Triesterstraße, beginnend von der Stadtgrenze im Süden bis nach Norden zu den Gebäuden der Triestersiedlung, westlich durch die HL-Bahnstrecke und östlich durch die Puchstraße bzw. südlich anschließend zumindest bis zur Rudersdorferstrasse, möglichst rasch und flächendeckend mit Fernwärme/Erdgas versorgt werden können.

Betrifft: Analoge Anrechnung der Vordienstzeiten:
Freiwilliges Sozialjahr – Zivildienst

**Dringlichkeit und Antrag
mit Mehrheit angenommen**



GRAZ

Gemeinderatsklub
A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at
DVR: 0828157

Dringlicher Antrag

an den Gemeinderat

eingebraucht von Frau Gemeinderätin Waltraud Haas-Wippel
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 8. November 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Freiwillige Soziale Jahr wird in Österreich seit 1968 angeboten und ist ein Angebot für junge Frauen und Männer zwischen 17 und 24 Jahren. In der Sitzung des Nationalrates am 29.02.2012 wurde das Freiwilligengesetz beschlossen, im Rahmen dieses Gesetzes wurde auch eine rechtliche Basis für das Freiwillige Soziale Jahr eingeführt.

Junge Menschen sind im Rahmen des FSJ zwischen 10 und 12 Monaten in sozialen Einrichtungen tätig. Die Einsatzbereiche reichen von der Obdachlosenarbeit bis hin zu Pflegeeinrichtungen, von der Behindertenbegleitung bis hin zur Kinderbetreuung und Flüchtlingsarbeit. Im Bereich dieser Einsatzstellen werden die jungen Freiwilligen sehr geschätzt, weil sie einen frischen Wind einbringen sowie Zeit und Tatkraft jenen Menschen zur Verfügung stellen, die Unterstützung für ihre Lebensbewältigung benötigen.

Und auch die Allgemeinheit profitiert, weil die persönliche soziale Verantwortung gestärkt und das Solidaritätsbewusstsein gefördert wird – ebenso wie bei den im Zivildienst tätigen jungen Menschen. Ebenso sind die Aufgabenbereiche, Zielsetzungen und die Intentionen des FSJ mit denen des Zivildienstes vergleichbar.

Trotzdem gibt es einen Unterschied zwischen jungen Menschen, die ihren Zivildienst geleistet und jenen, die im Rahmen des FSJ gearbeitet haben – im Magistrat Graz wird bei der Anerkennung der sog. Vordienstzeiten der Zivildienst zur Gänze angerechnet, beim FSJ werden diese Zeiten jedoch nicht berücksichtigt. Diesbezüglich soll die Stadt Graz auch mit dem Land Steiermark in Verhandlung treten.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen werden im Sinne einer Gleichbehandlung aufgefordert zu prüfen, welche Schritte zu setzen sind, damit jungen Menschen, die als MitarbeiterInnen in den Dienst der Stadt Graz eintreten, bzw. eingetreten sind und davor ein Freiwilliges Soziales Jahr geleistet haben, dieses ebenso gänzlich als Vordienstzeit angerechnet werden kann, wie dies bei den Zivildienstleistenden bereits der Fall ist!

**Dringlichkeit
mit Mehrheit angenommen**

**Antrag
einstimmig angenommen**



Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingebraucht in der Gemeinderatssitzung vom 08.11.2012

von

GR Karl Dreisiebner, GRⁱⁿ Mag. Andrea Pavlovec-Meixner und FreundInnen

Betrifft: Einbeziehung der LiebenauerInnen und der relevanten Stakeholder in die Erarbeitung einer modernen Oberflächengestaltung der Liebenauer Hauptstraße

Die Stadt Graz und das Land Steiermark haben sich gemeinsam auf den Bau des neuen Südgürtels von der Puntigamerbrücke zum 3. Südgürtel verständigt sowie die Finanzierung dieses Großprojektes sichergestellt. Die Vorarbeiten für die Unterflurtrasse sind bekanntlich seit Sommer im Gange. Die Fertigstellung sowie die Verkehrsfreigabe dieser Entlastungsstrecke, vor allem für den Stadtbezirk Liebenau, sind aus heutiger Sicht für das Jahr 2016 geplant.

Die betroffene Bevölkerung sowie die Grazer Stadtpolitik versprechen sich von diesem 110 Mio. Euro teuren Verkehrsprojekt eine deutliche Entlastung der Wohnviertel bzw. der Wohnbevölkerung im Grazer Süden.

Besonders die Liebenauer Hauptstraße, die heute noch große Anteile des KFZ-Verkehrs in diesem Bereich aufnehmen muss, kann endlich entlastet werden und muss nach Fertigstellung des Südgürtels nicht mehr als Hauptachse dienen. Ab 2016 wird die Liebenauer Hauptstraße nicht mehr für tausende KFZ Durchzugsstrecke sein, sondern nur mehr die lokalen Ziel- und Quellverkehre bedienen.

Mit der Herausnahme dieser Straße aus dem übergeordneten Straßennetz entsteht eine neue Chance, dem Bezirk Liebenau „sein“ Ortszentrum wieder zurück zu geben und aus der reinen Verkehrsmaschine, die sie heute ist, eine qualitätsvolle Lebensader für die Bevölkerung zu gestalten.

Die Stadt Graz und der Bezirk Liebenau haben die einmalige Chance, aus einem mit Autos vollgestopften Straßenraum, der wenig bis gar keine Aufenthaltsqualität bietet und aus dem Jede und Jeder so schnell als möglich flüchtet, einen sozialen Lebensraum, in dem der Mensch sich wieder aufhalten möchte, zu schaffen. Mit einer geänderten Oberfläche und neuen Nutzungsmöglichkeiten kann in Zukunft Wirtschaften

und Wohnen im direkten Umfeld der Liebenauer Hauptstraße wieder ermöglicht werden, die Liebenauer Hauptstraße kann neu erblühen.

Dieser Prozess kann nicht ohne frühzeitige und umfassende Einbindung der Bevölkerung, der Gewerbetreibenden, des Liebenauer Bezirksrates, etc. gelingen. Dafür bedarf es einer stadtplanerischen Vorleistung ebenso wie einer verkehrsplanerischen Konzeption. Und es braucht ein geeignetes Modell für die Form der BürgerInnenbeteiligung und –ermächtigung. Diese Arbeiten sind aus unserer Sicht sehr bald zu leisten, um 2016 mit einer – von der Bevölkerung breit mitgetragenen - Neugestaltung der Liebenauer Hauptstraße beginnen zu können.

In diesem Sinne stellen wir namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich dazu, dass für die neue Oberflächengestaltung der Liebenauer Hauptstraße ein breit angelegtes BürgerInnenbeteiligungsverfahren durchzuführen ist.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als Referent für Stadtplanung und BürgerInnenbeteiligung bzw. sein/e Nachfolger/in in dieser Funktion wird beauftragt, bis spätestens April 2013 ein geeignetes Konzept für ein breit angelegtes Beteiligungsmodell für eine neue und moderne Oberflächengestaltung in der Liebenauer Hauptstraße sowie entsprechende stadtplanerische Varianten als erste Grundkonzeption für die Liebenauer Hauptstraße vorzulegen.

Die Grünen – Alternative Liste Graz
Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus

Telefon 0316 / 872-2163
Telefax 0316 / 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Dringlicher Antrag

der Grünen-ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 08.11.2012

von

GR Stefan Schneider

Betrifft: Lärmschutz im Herbst erhöhen

Der Herbst ist da, die Blätter der Laubbäume fallen zu Boden und tausende (!) verbrennungsmotorgetriebene Laubbläser werden allein in Graz angeworfen.

Wie viele Beschwerden zeigen, ist der Betrieb von verbrennungsmotorgetriebenen Laubbläsern eine enorme Belastung für die Grazerinnen und Grazer während der Herbstmonate. Die Erkenntnis, dass Lärm Gesundheitsschäden verursacht, ist zum Glück nicht neu, ihr wird nicht zuletzt in der Stadt Graz durch ein eigenes Referat im Umweltamt Rechnung getragen. Auch vor dem oft stundenlangen Lärm – gerade in Siedlungen – durch die Laubbläser müssen wir die Grazerinnen und Grazer schützen. Die verbrennungsmotorgetriebenen Geräte sind tatsächlich so laut, dass die BenutzerInnen zum Schutz ihrer Gesundheit einen Hörschutz tragen müssen. Auch die Parks verlieren durch die Lärmbelastung durch Laubblasgeräte ihre Funktion als Ruhe- und Erholungsraum.

Zusätzlich zur Lärmimmission kommt es bei diesen Geräten auch zur Belastung durch Abgase, was unsere Grazer Luftsituation noch verschärft.

Zu den verbrennungsmotorgetriebenen Laubbläsern gibt es Alternativen. So sind elektrische Laubbläser, sowohl mit Kabel als auch mit Akkus, erhältlich. Außerdem gibt es weitere Alternativen zu Laubbläsern: Besen und Laubrechen. Ich kann persönlich bestätigen, dass man damit Wiesen und Wege sehr gut vom Laub befreien kann. In Anschaffung und Betrieb sind Besen und Laubrechen zudem merkbar kostengünstiger als Laubbläser.

Wir möchten nun beantragen, dass die Stadt Graz (Magistrat und stadteigenen Unternehmen) sich intensiv mit Lösungen der Immissionsprobleme durch Laubbläser befasst. So sollen zunächst im Bereich der Stadt Graz alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, den Lärm durch Laubbläser zu vermeiden.

Die stadteigenen Betriebe und hier insbesondere die Holding Graz und die GBG haben eine Vorbildfunktion einzunehmen und im eigenen Bereich auf den Einsatz der verbrennungsmotorgetriebenen Laubbläser zu verzichten.

Weiters sollen entsprechende Änderungsvorschläge der Grazer Immissionsschutzverordnung ausgearbeitet und in den zuständigen vorberatenden Ausschüssen (Verfassungsausschuss, Umweltausschuss und Gesundheitsausschuss) diskutiert werden.

Dringend notwendig ist aber darüberhinaus eine Änderung der entsprechenden landesgesetzlichen Bestimmungen. Eine Novelle der Verordnung zum Immissionsschutzgesetz-Luft wurde auf Landesebene bereits vorbereitet, jedoch aufgrund von negativen Stellungnahmen (z.B. des Gemeindebundes) leider nicht beschlossen. Die Stadt Graz darf diese Untätigkeit nicht einfach hinnehmen, sondern muss sich aktiv für diese Novelle bzw. für Änderungen anderer relevanter gesetzlicher Grundlagen (Steiermärkische Umgebungslärmschutzverordnung, Baugesetz, Raumordnungsgesetz) einsetzen. In diesem Sinn ist eine entsprechende Petition an den Landesgesetzgeber zu richten.

Ich stelle daher namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Der Grazer Gemeinderat möge beschließen:

1. Die Stadt Graz tritt am Petitionsweg an den Landesgesetzgeber heran und fordert eine Änderung der entsprechenden gesetzlichen Normen, um den Betrieb von verbrennungsmotorgetriebenen Laubbläsern in bebautem Gebiet künftig zu verhindern.
2. Der Gemeindeumweltausschuss sowie der Verfassungsausschuss befassen sich bis Ende März 2013 mit den diesbezüglichen Möglichkeiten zur Verschärfung der Grazer Immissionsschutzverordnung.
3. Stadtrat DI Dr. Gerhard Rüscher wird in seiner Funktion als Beteiligungsreferent beauftragt, mit den stadteigenen Betrieben, insbesondere der Holding Graz und der GBG Gespräche zu führen, welche Alternativen zum Einsatz von verbrennungsmotorgetriebenen Laubbläsern bestehen.

KPÖ – Gemeinderatsklub

Dringlichkeit abgelehnt

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

8. 11. 2012

Dringlichkeitsantrag

(gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Betrifft: Petition – Negative Auswirkungen des Landesbudgets 2013 -2014 auf die Stadt Graz

Der Belastungskurs, den SPÖ und ÖVP auf Landesebene durchführen, hat negative Auswirkungen auf Graz und auf die BewohnerInnen der Landeshauptstadt. Schon das Doppelbudget 2011/2012 hat mit der Kürzung der Wohnbeihilfe des Landes, dem Aus für den Gratiskindergarten, der Wiedereinführung des Pflegeregresses und Kürzungen im Kulturbereich schwere Belastungen gebracht, die von der Stadt nicht aufgefangen werden konnten.

Das Doppelbudget 2013 soll eine Weiterführung und Verschärfung dieses Kurses bringen. Beispielhaft dafür seien genannt:

- Nach den drastischen Kürzungen des Vorjahres werden vor allem im Behinderten- und Jugendwohlfahrtsbereich erneut 17,5 Mio. Euro gestrichen.
- Im Bildungs-, Jugend- und Familienressort gibt es Kürzungen im Ausmaß von 23 Millionen Euro.
- Die Kürzungen bei den Kultureinrichtungen gehen weiter. Die Kürzungen bei Theaterholding und Joanneum betragen 100.000 Euro bzw. 500.000 Euro.
- Das Budget für Wohnbauförderungen wird um weitere € 8,3 Millionen verkleinert. Dazu kommt noch die Streichung von 17 Millionen Euro an Landesgeldern für Wohnungssanierungen.
- Die Landesförderung für Elektroautos wird gestrichen, andere Umweltförderungen wie auch die Fördersätze des Landes für Photovoltaik-Anlagen werden drastisch gekürzt.
- Die Privatisierung des LKH-West und andere Maßnahmen im Gesundheitssektor sollen zur Streichung von über 450 Spitalsbetten führen.

Das Doppelbudget ist vom Landtag noch nicht beschlossen worden. Deshalb ist es sinnvoll, dass die Stadt Graz sich mit einem Appell an den Landesgesetzgeber wendet. Die Landtagsabgeordneten haben es in der Hand, den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf noch zu verändern.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich deshalb folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Grazer Gemeinderat appelliert an den Landtag Steiermark, die im Motivenbericht beschriebenen Kürzungen und Streichungen, die auch zu Lasten der Stadt Graz und ihrer BewohnerInnen gehen, im Landesbudget 2013/2014 nicht vorzunehmen.

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 07.11.2012

Betreff: Ausnahme von der Mautpflicht

Petition an den Bundesgesetzgeber

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die steirische Landeshauptstadt ist in den frühen Morgenstunden und abends eine absolute No-go-Area. "Still-Stand - Nichts geht mehr - Stau-Hauptstadt", titeln in regelmäßigen Berichten die diversen Tageszeitungen.

Und es stimmt: „Graz hat die Kapazitätsgrenze für den Auto- und LKW-Verkehr erreicht“, das sagt auch der TU-Verkehrswissenschaftler, Kurt Fallast. Das Kernproblem: Sämtliche Einfallstraßen in die Landeshauptstadt sind, so Fallast, in den Morgenstunden zwischen sieben und neun Uhr und nachmittags ab 15 Uhr voll mit stehendem Verkehr.

Rund 340.000 Personen- und LKW-Fahrten hat Fallast gezählt, die täglich die Stadtgrenzen passieren. 40 Prozent sind Berufspendler. Und es sind auch Grazer Arbeitnehmer, die morgens ins Umland auspendeln und gegen 17 Uhr wieder in ihre Wohnstadt zurück müssen.

Ein hoher Prozentsatz dieser Einpendel/Auspindel- und Durchzugsfahrten erfolgen über das städtische Verkehrsnetz, da ein Autobahn-Gürtelsystem, wie es in Wien, München oder anderen Großstädten üblich ist, für Graz zwar in Erwägung gezogen wurde, jedoch nie vollständig realisiert werden konnte.

Um den Verkehr auf den Einfall- und Durchzugsstraßen in seinem Aufkommen zu entlasten, wäre es sinnvoll, für Pendler und Berufsverkehr Anreize zu schaffen, das Stadtgebiet auf den für den hochfrequenten Verkehr ausgelegten Autobahnteilstücken anzufahren.

Damit auch Verkehrsteilnehmer, die keine Autobahnvignette oder „Go-Box“ besitzen, das Grazer Stadtgebiet über das Autobahnnetz umfahren können und nicht innerstädtische Durchzugsstraßen benützen müssen, um z.B. ihren Arbeitgeber zu erreichen, soll eine Ausnahme von der Mautpflicht für bestimmte Streckenabschnitte als Anreiz getroffen werden.

Der Gemeinderatsklub der FPÖ schlägt daher vor, an den zuständigen Bundesgesetzgeber mittels Petition heranzutreten, um die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die Autobahnteilstücke um Graz von der Mautpflicht auszunehmen.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Dringlicher Antrag

Gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird höflich ersucht, namens des Gemeinderates der Stadt Graz auf dem Petitionswege an den Bundesgesetzgeber heranzutreten, das Bundesstraßen-Mautgesetz im Sinne des Motivenberichts um folgende Ausnahmen zu erweitern, sodass die A2 im Abschnitt zwischen Knoten Graz-Ost und Knoten Graz-West, der Autobahnzubringer Graz-Ost sowie die A9 zwischen dem Knoten Graz-West und der Anschlussstelle Gratkorn-Süd, von der Mautpflicht (für Pendler-, Berufs- und Schwerverkehr) ausgenommen werden.

Dringlichkeit abgelehnt

An den Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Graz, den 8.11.2012

Betrifft: „dringliche Optimierung des Winterdienstes zur Minderung von Feinstaub“

Dringlicher Antrag gemäß §18 der Geschäftsordnung

Der Stadt Graz wurde – wohl „politisch“ nicht ganz ungewollt & medial breitgetreten – das ungestüme Mäntelchen einer „Feinstaub-Hauptstadt“ umgehängt. Durch das ständige polittheatralische & exzessive Propagieren des Problems bei gleichzeitiger „Hände-in-den-Schoß“-Politik kam mit Ausnahme des Fernwärmeausbaus nicht Wirksames in Gang.

Gleichsam verstärkt sich der Eindruck, dass es manchen politisch Verantwortlichen ganz recht ist dieses Thema weiter am Köcheln zu halten. Teils wegen „lebenserhaltender“ Funktion?

Stattdessen benötigen wir in Graz aber einen vernünftigen und seriösen Zugang zum Thema mit der ernstesten Absicht, Lösungen zu finden und diese dann auch sukzessive umzusetzen. Denn genau das erwarten sich zu Recht (!) die Grazer BürgerInnen, ganz besonders mit Blick auf den herankommenden Winter und damit den Start der nächsten „Feinstaubsaison“.

Wenn man sich die bereits an anderen Orten erzielten enormen Erfolge, z.B. in der nicht unähnlich der Stadt Graz topographisch in Kessellage situierten Stadt Lienz, ansieht, wo klare und ernsthafte Anstrengungen zu einem äußerst beachtlichen Erfolg bei der Eindämmung des Feinstaubes geführt haben, dann wird es hierorts in Graz richtig peinlich.

Denn in den teilnehmenden Städten des **EU-Life-Projektes CMA+** <http://www.life-cma.at/> Bruneck, Liezen und Klagenfurt wird nicht „gezaubert“, sondern aktiv gehandelt! So werden durch energische Straßenwaschungen und mittels Einsatz eines von der TU Graz mitentwickelten ökologischen Feinstaubklebers – dieser wird dem Straßenwaschwasser einfach beigemischt – messbare Erfolge GEGEN die Feinstaubbelastung erzielt. Darüber hinaus werden an der TU Graz mittlerweile auch fortentwickelte Wasserzusätze evaluiert, doch die Stadt Graz blieb bei diesem kräftig mit EU-Mitteln (!) geförderten Projekt „außen vor“, wohl einmal mehr aus den bereits vorgebrachten durchsichtigen politischen Absichten.

In diesem Zusammenhang stellt GR Mag. Gerhard Mariacher nachfolgenden

DRINGLICHEN ANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge Herrn Bürgermeister Mag. Nagl dringlich ersuchen, baldigst einen unter seiner persönlichen Leitung zu begründenden „Runden Tisch zum Thema Feinstaub“ einzuberufen, um den leider geradezu offensichtlichen groben Unzulänglichkeiten & weitgefassten Ineffizienzen in der unsere BürgerInnen belastenden Feinstaubthematik beizukommen.

An diesem „Runden Tisch“ sollen insbesondere Fachleute der Stadt Graz und seiner Beteiligungen, der TU-Graz, kommunale Vertreter des EU-Life-Projektes CMA+ sowie alle Klubobleute der im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien teilnehmen, und natürlich auch politische & fachliche Vertreter des Landes Steiermark willkommen sein.

GR MAG. GERHARD MARIACHER